

Guido Thiemeyer

Napoleon III., Otto von Bismarck und die Lateinische Münzunion 1865-1867¹

Am 23. Dezember 1865 wurde in Paris von den Delegierten Frankreichs, Belgiens, Italiens und der Schweiz eine Währungskonvention unterzeichnet, die man schon bald als ‚Union Monétaire Latine‘ bezeichnete. Formal bestand diese Währungsunion bis zum 1. Januar 1927, sie existierte also immerhin fast 62 Jahre. Nach ihrer Auflösung geriet die Lateinische Münzunion jedoch bald in Vergessenheit, und auch die Geschichtswissenschaft ‚entdeckte‘ sie erst zu Beginn der 90er Jahre wieder, als sich die Europäische Union mit dem Maastrichter Vertrag auf den Weg zu einer europäischen Währungsunion machte.² Hierbei stand vor allem die Frage im Vordergrund, ob aus der Geschichte der Lateinischen Münzunion und ihren Problemen Lehren für die gegenwärtige europäische Währungsunion gezogen werden könnten.³

In diesem Beitrag soll ein anderer Aspekt behandelt werden, die Frage nämlich nach der politischen Bedeutung internationaler Währungspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Lateinische Münzunion stand als solche keineswegs allein. Die Jahre zwischen 1865 und 1914, so lautet die These, markieren vielmehr einen Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Beziehungen insofern, als Währungspolitik in dieser Zeit Bestandteil der internationalen Diplomatie wurde. Innerhalb weniger Jahre wurden die Lateinische Münzunion (1865) und die skandinavische Münzunion (1873) gegründet, es ist die Zeit der Entstehung des internatio-

- 1 Ich danke der Fritz-Thyssen-Stiftung (Köln) für einen großzügigen Reisekostenzuschuß, ohne den die Archivrecherchen für diesen Aufsatz nicht hätten unternommen werden können.
- 2 Die Forschung zur Lateinischen Münzunion ist inzwischen recht umfangreich, auch wenn eine moderne, quellenfundierte Gesamtdarstellung nach wie vor fehlt. Vgl. aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht: J. B. Esslen, Münzbund, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VI. Jena 1926, S. 664-668; aus wirtschaftshistorischer Sicht: Friedrich Zellfelder, Der Lateinische Münzbund. Grundlagen, Entstehen und Scheitern, in: Jürgen Schneider (Hrsg.), Währungen der Welt, Bd. I. Stuttgart 1991, S. 105-121; ders., Lateinische Münzunion, in: Michael North (Hrsg.), Von Aktie bis Zoll. Ein historisches Lexikon des Geldes. München 1995, S. 213 f.; P. H. Willis, A History of the Latin Monetary Union. Chicago 1901; E. van der Rest, L'union monétaire latine, son origine et ses phases diverses, in: Revue de droit international 13 (1881), S. 5; E. Brossault, Histoire de l'union monétaire latine. o. O. 1903; R. Greul, Die Lateinische Münzunion. Eine völkerrechtsgeschichtliche Studie. Berlin 1926; A. Niederer, Die Lateinische Münzunion – Ausstellungskatalog. Hilterfingen 1976; Barrie M. Ratcliffe, Latin Monetary Union, in: William E. Echard (Hrsg.), Historical Dictionary of the French Second Empire, 1852-1870. Westport/Conn. 1985, S. 342 f.; R. J. Bartel, International Monetary Unions: The Nineteenth Century Experience, in: Journal of European Economic History 3 (1977); Luca Einaudi, Monetary Unions and Free Riders: the Case of the Latin Monetary Union (1865-1878), in: Rivista di Storia Economica (1997), S. 327-362; Madelaine Herren, L'Union Monétaire Latine, la guerre et la Suisse, in: Relations Internationales, No. 99, Automne 1999, S. 269-288; Silvana Koch-Mehrin, Historische Währungsunion zwischen Wirtschaft und Politik. Die Lateinische Münzunion 1865-1927. Baden-Baden 2001.
- 3 Diesen Ansatz verfolgten die Studien von Theresia Theurl, Eine Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte. Innsbruck 1992, und von Jean Marie Darnis, L'Union Monétaire Latine. Leçon pour l'Europe économique et monétaire du temps présent, in: Études et Documents. Ministère de l'Économie des Finances et du Budget. Hrsg. vom Comité pour l'Histoire Economique et Financière de la France, Bd. 6 (1994), S. 329-359.

nen Goldstandards⁴ und verschiedener internationaler Währungskonferenzen. Sie markieren den Anfang eines Prozesses, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Währungssystem von Bretton Woods und später dem Europäischen Währungssystem seinen Höhepunkt erreichte. Internationale Währungspolitik, so ließe sich die These zuspitzen, war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Gegenstand von Diskussionen unter Experten, sie wurde zu einem immer wichtigeren Bestandteil internationaler Diplomatie. Mehr noch, die Entstehung dieses Subsystems im internationalen Beziehungsgeflecht veränderte das bis zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich von der klassischen Diplomatie beherrschte Staatensystem. Dies soll im folgenden am Beispiel der Verhandlungen über einen Beitritt Preußens zur Lateinischen Münzunion gezeigt werden.

I. Die Gründung der Lateinischen Münzunion

Die Ursprünge der sog. ‚Lateinischen Münzunion‘ liegen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihr Kern war der 1803 geschaffene ‚Franc germinal‘, der die französische Währung nach den Wirren der Revolution und dem Schock der Assignaten-Währung wieder auf eine solide Basis stellte. Der Franc germinal, so genannt, weil er mit dem Gesetz vom 7 germinal XI (28. März 1803) eingeführt wurde, beruhte auf dem Prinzip des Bimetallismus, d.h. er basierte auf zwei Währungsmetallen, Gold und Silber, die in einem festen Austauschverhältnis von 1:15,5 standen. Der Franc germinal war damals eine moderne Währung, weil er nach dem Dezimalsystem konstruiert wurde, ein Franc entsprach 100 Centimes, was den täglichen Gebrauch der Währung erheblich vereinfachte.⁵ Nicht zuletzt deswegen wurde die französische Valuta in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Vorbild für viele neue europäische Währungen. Mit dem Gesetz vom 5. Juni 1832 übernahm der neu gegründete Staat Belgien den gleichen Münzfuß. Ein belgischer Franc wurde wie sein französisches Vorbild durch eine genau definierte Menge Gold oder Silber festgelegt, auch hier standen die beiden Währungsmetalle im festen Austauschverhältnis von 1:15,5.⁶ Diese Entscheidung war nicht unumstritten, es war vor allem der Einfluß der süd-belgischen Wirtschaftsvertreter, die den monetären Anschluß an den großen Nachbarn durchsetzten. Belgien wurde damit in währungspolitischer Hinsicht ein Satellit Frankreichs.⁷ Auch wenn die währungspolitischen Entscheidungen Belgiens aus

4 Allein der internationale Goldstandard kann als relativ gut erforscht gelten. Vgl. die Pionierstudie von Marc Flandreau, *L'or du monde. La France et la stabilité du système monétaire international, 1848-1873*. Paris 1995; Marcello de Cecco, *Money and Empire*. Oxford 1974.

5 Georges Valence, *Histoire du Franc 1360-2002. La Légende du Franc*. Paris 2¹⁹⁹⁸, S. 133-169; René Sedillot, *Histoire du Franc*. Paris 1979; Michèle Saint-Marc, *Histoire monétaire de la France, 1800-1980*. Paris 1983; zur Vorgeschichte dieses Münzgesetzes: F. J. Boshier, *French Finances 1770-1795*. Cambridge 1970.

6 Hierzu Valéry Janssens, *Le Franc belge. Un siècle et demi d'histoire monétaire*. Bruxelles 1976; vgl. auch Jacques Mertens, *La Naissance et le Développement de l'Étalon-or*. Paris 1944, S. 261 f.; Valence, *Histoire* (wie Anm. 5), S. 206-208.

7 P. Kauch, *La Banque nationale de Belgique, 1850-1918*. Bruxelles 1950, S. 14; Charles Kindleberger, *A Financial History of Western Europe*. London 1984, S. 226; Koch-Mehrin, *Währungsunion* (wie Anm. 2), S. 104 f.

ökonomischer Sicht rational waren, politisch waren sie bemerkenswert. Die französische Regierung Louis-Philippe versuchte, jeden Verdacht zu vermeiden, sie wolle politischen Einfluß auf die belgische Politik nehmen oder strebe gar eine Annexion an. Offenbar empfand man gerade in Großbritannien, wo man besonders an der Unabhängigkeit Belgiens interessiert war, den währungspolitischen Anschluß an Frankreich unter diesem Aspekt als unproblematisch.

So wie Belgien orientierte sich auch die Regierung der Schweiz an der französischen Währungspolitik.⁸ Schon 1757 waren in Bern, Solothurn, Basel und Luzern Franken geprägt worden, mit der Napoleonischen Herrschaft wurde der Franc zur Währung der ‚République Helvétique‘.⁹ Nach dem Untergang des napoleonischen Reiches aber zerfiel die monetäre Einheit der Schweiz wieder, die Kantone waren nun für die Ausprägung von Münzen zuständig. Erst die Verfassung vom 12. September 1848 übertrug die Geldpolitik dem Bund (Art. 36). Ähnlich wie in Belgien wurde auch in der Schweiz heftig über die neue Währung diskutiert. Während die Westschweizer die Anlehnung des Franken an den französischen Franc wünschten, strebte die Bevölkerung der Ostschweiz nach einer Anbindung an den süddeutschen Gulden.¹⁰ Die Westschweiz konnte sich in dieser Frage behaupten und mit dem Gesetz vom 7. Mai 1850 wurde in der Schweiz eine Kopie der französischen Währungsverfassung eingeführt.

In vielerlei Hinsicht komplizierter war die Situation in Italien.¹¹ 1861, bei der Gründung des Nationalstaates, war die Halbinsel ein in wirtschaftlicher Hinsicht sehr heterogenes Gebiet. Die ökonomischen Beziehungen zwischen den Teilstaaten waren gering. Sardinien-Piemont, der Kernstaat Italiens, war politisch und wirtschaftlich nach Frankreich orientiert, lediglich ein Siebtel des piemontesischen Außenhandels wurde in den fünfziger Jahren mit italienischen Staaten abgewickelt. Dagegen war der bourbonische Süden nach Großbritannien orientiert. Die Lombardei und Venetien standen politisch und ökonomisch unter österreichischem Einfluß. Entsprechend heterogen waren die Währungsverhältnisse: Seit 1820 hatte Sardinien-Piemont das französische System bevorzugt, im Nordosten des Landes bediente man sich wie im Süden der österreichischen Silberwährung. Vor der Einigung gab es auf dem Gebiet des späteren Italien neun Emissionsbanken, 1866 waren es noch sechs, 1893 immerhin noch drei, und erst 1926 erhielt die Banca d'Italia das Emissionsmonopol für Banknoten.¹²

8 Mertens, *La Naissance* (wie Anm. 6), S. 262 f.; Valence, *Histoire* (wie Anm. 5), S. 210-212; Kurt Blaum, *Das Geldwesen der Schweiz seit 1798*. Straßburg 1908; Paul Hagenbach, *Die Entwicklung zur Goldwährung in der Schweiz*. Weinfelden 1929, S. 9-17.

9 Janssens, *Le Franc belge* (wie Anm. 6).

10 Georges Paillard, *La Suisse et l'Union monétaire latine*. Paris, Lausanne 1909; Hagenbach, *Entwicklung* (wie Anm. 8), S. 11 f.; Herbert Rittmann, *Deutsche Geldgeschichte 1484-1914*. München 1975, S. 653-673.

11 Peter Hertner, *Italien 1850 bis 1914*, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 5. Frankfurt 1985, S. 765.

12 Renato Di Mattia (Hrsg.), *Gli Istituti di Emissione in Italia. I Tentativi di Unificazione 1843-1892*. Roma, Bari 1990, S. 4.

Ähnlich wie in der Schweiz war auch die italienische Münzreform durch die Diskussion zwischen den Anhängern zweier Währungsprinzipien geprägt:¹³ Die piemontesische Notenbank plädierte für die Neuordnung der Währung auf Goldbasis, während der Rest des Landes nahezu einheitlich für die Einführung einer Silberwährung eintrat. Das dann eingeführte System des Bimetallismus schien ein Kompromiß zu sein. 1862 wurde im neu gegründeten Nationalstaat eine Währungsreform durchgeführt und das für Sardinien-Piemont maßgebliche Währungssystem französischer Provenienz mit der *Lira italiana* (zuvor *Lira sarda*) auf die ganze Halbinsel ausgedehnt.¹⁴ Wie in Frankreich wurde das Verhältnis zwischen Gold und Silber mit 1:15,5 festgelegt; kurzum, auch die italienische Währung wurde eine Kopie der französischen mit einem Austauschverhältnis von eins zu eins.¹⁵ Damit war, ohne daß es eines internationalen Vertrags bedurft hätte, eine de-facto Währungsunion zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz entstanden.¹⁶

Warum war diese Währungsunion entstanden? Aus wirtschaftshistorischer Sicht ist schon darauf verwiesen worden, daß die vier Länder keinesfalls einen Binnenmarkt bildeten. Hinzu kam, daß die Länder sehr unterschiedliche Entwicklungsniveaus hatten: In Belgien und der Schweiz hatte die Industrialisierung schon im 18. Jahrhundert eingesetzt. Der Alpenstaat spezialisierte sich bald auf die Produktion von Uhren und Textilien; in Belgien konzentrierte sich die Produktion der Textil- und Schwerindustrie.¹⁷ Die Volkswirtschaften beider Länder waren exportorientiert, wobei vor allem der französische und der italienische Markt als Absatzgebiete fungierten. Die beiden letztgenannten Länder hingegen lagen hinsichtlich des Entwicklungsniveaus hinter Belgien und der Schweiz zurück.¹⁸ Frankreich begann erst in den 1860er Jahren, den Industrialisierungsrückstand gegenüber anderen europäischen Ländern aufzuholen, in Italien behinderte der Nord-Süd-Gegensatz eine rasche Modernisierung. Die politische Einigung hatte die ökonomische Spaltung des Landes nicht überwinden können.¹⁹ Trotz dieser deutlichen Entwicklungsunterschiede übernahm die französische Regierung unangefochten die Führung in der Währungsunion. Das lag zum einen an der absoluten Größe der französischen Wirtschaft, die nach

13 Hertner, Italien (wie Anm. 11), S. 766.

14 Theurl, Währung (wie Anm. 3), S. 86 f.

15 Emil Frauz, Die Verfassung der staatlichen Zahlungsmittel Italiens seit 1861. Straßburg 1911; Emmanuel Fochiert, La circulation fiduciaire et les crises du change en Italie et en Espagne, in: Questions monétaires contemporaines (1905), S. 441-514.

16 Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Correspondance de sous-direction commerciale Affaires diverses commerciales (avant 1902) (künftig MAE), Vol. 603, Nr 31- 37, Convention monétaire du 23 décembre 1865. M. le Ministre aux MM. les Agens diplomatiques de l'Empereur, 5. décembre 1866. Es handelte sich hierbei nicht um eine Währungsunion im modernen Sinne, weil sich die Identität der Währungen nur auf Kurantmünzen bezog, nicht aber auf Scheidemünzen und Papiergeld. Da aber Kurantmünzen nach dem Verständnis des 19. Jahrhunderts das ‚eigentliche‘ Geld waren, Scheidemünzen und Papiergeld dagegen nur minderwertige Derivate, kann mit den Zeitgenossen von einer Währungsunion gesprochen werden, zumal die Präambel des Vertragstextes vom 23. Dezember 1865 selbst den Begriff „Münzunion“ verwendet.

17 Theurl, Währung (wie Anm. 3), S. 175 f.; vgl. auch Michel Dumoulin, Les relations économiques italo-belges (1861-1914). Bruxelles 1990.

18 Hierzu J. De Long, Productivity, Growth, Convergence, and Welfare: Comment, in: Journal of European Economic History 78 (1988), S. 1138-1154.

19 Hertner, Italien (wie Anm. 11), S. 766.

wie vor alle anderen der Währungsunion überragte. Hinzu kam, daß sich Frankreich, speziell Paris, seit 1815 zu einem bedeutenden internationalen Kapitalmarkt entwickelt hatte, an dem alle bedeutenden Bankhäuser der Welt vertreten waren. Frankreich fragte kurzfristiges Kapital nach und verlieh dieses langfristig, übte also international eine Bankiersfunktion aus. Das lag auch daran, daß es im Inland lange Zeit keine lukrativen Anlagemöglichkeiten gab. Insgesamt erfüllte die französische Finanzwirtschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts damit jene Voraussetzungen, die die Währungstheorie über hundert Jahre später als entscheidend für die Entstehung internationaler Schlüsselwährungen identifizieren wird.²⁰

Der sprunghafte Anstieg internationaler Handelsbeziehungen in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts und die hierdurch in Gang gesetzte Dynamik dezentraler Marktprozesse erforderten eine Verringerung der Transaktionskosten durch die Vereinheitlichung der Währung.²¹ Diese Entwicklung zog drei wesentliche Konsequenzen nach sich:²² Zum einen kam es zu einem Sprung in der Monetisierung der Volkswirtschaften. Geld, zunehmend auch in Papierform, nahm einen immer wichtigeren Platz in der Markt-Tausch-Gesellschaft ein. Damit ging – zweitens – eine Tendenz zur Bildung größerer Währungsräume einher. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Arbeitsteilung übte auf die kleinräumigen Wirtschaftsgebiete einen immer größer werdenden Integrationsdruck aus. Auch Währungen folgten den Marktregeln, sie tendierten zur Monopolisierung, die Währungen kleiner Wirtschaftsräume schlossen sich denen der großen an. So entstanden – das ist der dritte Aspekt –, ohne daß es zu einer Regulierung gekommen wäre, in der Zeit zwischen 1848 und 1870 drei große Währungsräume: jener des britischen Pfunds auf der Basis der Goldwährung, einer in Zentraleuropa mit dem preußischen Taler als Zentrum einer Silberwährung und eben jener von Frankreich geleitete (kontinental-)westeuropäische Block auf der Basis des Bimetallismus.²³ Die de-facto-Währungsunion zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz war also das Ergebnis einer politisch nicht gesteuerten Transformation des internationalen Währungssystems, die als Folge der Internationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts stattfand.

Doch geriet die eben entstandene de-facto-Währungsunion schon bald in Schwierigkeiten. Deren Ursache war die Entdeckung großer Goldminen in Kalifornien (1847) und Australien (1851). Die Goldproduktion der Welt vervierfachte sich und als Re-

20 Für das Folgende: Rainer Klump, Entstehung und Verwendung von internationalen Schlüsselwährungen. Theoretische Erklärungen, historische Erfahrungen, wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen. Hamburg 1986, S. 419-428; Kevin Dowd/ David Greenaway, Currency Competition, Network-Externalities and Switching Costs. Towards an Alternative View of Optimum Currency Areas, in: *The Economic Journal* 103 (1993), S. 1180-1189; für das französische Beispiel: Alain Plessis, La Banque de France et les relations monétaires internationales jusqu'en 1914, in: *Relations internationales*, no. 29, printemps 1982, S. 3-23.

21 Hierzu analytisch: Karl Polanyi, *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt 1995, S. 17-55 [Übersetzung der Originalausgabe von 1944]; empirische Belege bei: G. Haberler, Integration and Growth of the World Economy in Historical Perspective, in: *The American Economic Review* 65 (1964), S. 1-22; S. Kuznets, *Modern Economic Growth*. New Haven 1966, S. 306 ff.

22 Vgl. hierzu Theresia Theurl, Erfolgs- und Mißerfolgskriterien von Währungsunionen: Historische Erfahrungen, in: *Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte* 13 (1999), S. 129-156, hier S. 132 f.

23 Dieser Prozeß kann hier nur grob zusammengefaßt werden. Für eine detaillierte und überzeugende Argumentation: Flandreau, L'or (wie Anm. 4), S. 13-21.

aktion auf das drohende Überangebot sank der Preis des gelben Metalls gegenüber dem Silber auf dem Londoner Markt. Das für den französischen Franc und seine Satellitenwährungen festgelegte Verhältnis von 15,5 zu 1 zwischen Silber und Gold betrug auf dem Londoner Geldmarkt nur noch 15 zu 1. Die Folgen für die Länder mit bimetallistischen Währungssystemen waren signifikant: Geldhändler versuchten, ihr Gold bei den französischen Banken zum festgesetzten Kurs zu verkaufen und transportierten das erworbene Silber nach London, um es dort gegen eine größere Menge Gold einzutauschen. Das im Wert gestiegene Silber wurde gehortet, Gold hingegen versuchte man schnell wieder loszuwerden; das Greshamsche Gesetz bestätigte sich. Bald schon bemerkte man eine Silberknappheit; zwischen 1855 und 1860 verlor Frankreich fast zehn Prozent seiner Silberbestände.²⁴ Hiervon waren vor allem die kleineren Münzen betroffen, was den alltäglichen Handel sehr behinderte.

Die französische Regierung reagierte am 25. Mai 1864, indem sie 50- und 20-Centimes-Münzen im Werte von 30 Mio. Francs prägen ließ, deren Feingehalt an Silber von 900/1.000 auf 835/1.000 abgesenkt wurde.²⁵ Dies war eine sehr vorsichtige Reaktion, die Geldmengenausweitung betrug weniger als ein Franc pro Kopf der französischen Bevölkerung, aber der französische Finanzminister wagte nicht, die Geldmenge darüber hinaus zu vermehren. Die schweizerische Regierung hatte schon am 31. Januar 1861 reagiert und den Feingehalt ihrer Silbermünzen von 900/1.000 auf 800/1.000 reduziert.²⁶ Das französische Finanzministerium verbot darauf am 14. April 1864 allen öffentlichen Kassen die bis dahin übliche Annahme der schweizerischen Münzen. Italien legte 1862 den Feingehalt seiner silbernen Lire-Stücke auf 835/1.000 fest. Dem schloß sich die französische Regierung am 24. Mai 1864 an. Lediglich Belgien zögerte lange, den ursprünglichen, nun nicht mehr dem Marktpreis zwischen Gold und Silber entsprechenden Feingehalt der Münzen zu verändern.

Durch diese Maßnahmen wurden die durch den Goldpreisverfall ausgelösten Währungsturbulenzen zwar beendet, sie hatten aber die für alle Beteiligten nachteilige Nebenwirkung, daß die de-facto-Währungsunion durch die unkoordinierten Maßnahmen zerstört wurde. „Ces modifications“, so schrieb der französische Finanzminister Achille Fould an seinen Kollegen im Außenministerium, „effectués sans concert préalable, ont eu l’inconvénient de donner carrière à un commerce illicite très préjudiciable aux intérêts des gouvernements. [...] Ces mesures restrictives sont de nature à jeter du trouble dans les relations internationales et il serait de l’intérêt de tous les Gouvernements de les faire disparaître. J’ai pensé qu’il serait possible d’assister à ce résultat par la voie diplomatique et en réglant d’une manière uniforme

24 Norbert Olszak, *Histoire des Unions monétaires*. Paris 1996, S. 37.

25 Report Adressed to his Majesty the Emperor by his Excellency the Minister of Finance, 14. April 1866, in: *International Monetary Conference Held in Paris in August 1878*. Washington 1879, S. 783.

26 MAE, Vol. 602/3 *Convention monétaire de 1865, 1865-1880*, dossier 2, No. 2, Note Conférence monétaire, 22. novembre 1865. Vgl. auch Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*. Berlin 2000, S. 33; Mertens, *La naissance* (wie Anm. 6), S. 263; Olszak, *Histoire* (wie Anm. 24), S. 37; Valence, *Histoire* (wie Anm. 5), S. 212 f.

par une Convention spéciale la fabrication et la circulation des monnaies fractionnaires dans chacun des pays intéressés.“²⁷

Auch die belgische Regierung richtete die Bitte an Frankreich, eine Konferenz einzuberufen, um die Währungsbeziehungen zwischen den vier Ländern auf diplomatischem Wege wieder neu zu ordnen.²⁸ Am 11. Februar 1865 schlug der französische Außenminister den drei beteiligten Staaten eine Konferenz zur Regelung der Währungsprobleme vor.²⁹ Keine der beteiligten Regierungen erhob prinzipielle Einwände, und am 20. November 1865 trafen sich die Delegierten der vier Staaten unter der Leitung des Vizepräsidenten des französischen Conseil d'Etat, Felix Esquirou De Parieu, in Paris, um sich auf eine gemeinsame Geldpolitik zu verständigen. Der Vertrag³⁰ legte fest, daß goldene Kurantmünzen mit einem Feingehalt von 9/10 in Stücken von 100, 50, 20, 10 und 5 Franken geprägt werden durften. Parallel zu den Goldmünzen erlaubte er die Ausprägung silberner Fünffrankenstücke mit einem Gewicht von 25 gr. mit gleichem Feingehalt. Hieraus ergab sich die schon vom ‚Franc Germinal‘ bekannte, fixe Relation zwischen Gold und Silber von 1 zu 15,5. Zudem durften Silbermünzen im Wert von zwei, einem, einem halben und einem fünftel Franken mit einem Feingehalt von 835/1.000 geprägt werden. Alle anderen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses umlaufenden Münzen von zwei oder einem Franken sowie die 50- und 20-Centimes-Stücke würden ihre Gültigkeit mit dem 1. Januar 1869 verlieren. Die goldenen Münzen und das silberne Fünffrankenstück sollten unabhängig von ihrer Herkunft von den öffentlichen Kassen aller vier Staaten akzeptiert werden, die restlichen Silbermünzen nur bis zu einer Höhe von jeweils 100 Franken. Die Ausgabe der Silberscheidemünzen wurde begrenzt, und zwar bis zu einem Höchstbetrag von sechs Franken pro Kopf der Bevölkerung. Das entsprach den zeitgenössischen Vorstellungen, daß die Anzahl der umlaufenden Scheidemünzen in fester Relation zur Bevölkerung des Währungsraumes stehen müsse.

II. Französische Planungen für die Ausweitung der Lateinischen Münzunion und ihr Hintergrund

Besondere Bedeutung hatte der Art. 12 des Vertrags über die Lateinische Münzunion: „Das Recht zum Beitritt zum gegenwärtigen Verträge ist jedem Staate vorbehalten,

27 MAE Convention Monétaire de 1865. 1865-1880, Boite 602/3, dossier 2, No 2, Ministre des Finances à Ministre des Affaires Etrangères, 19 janvier 1865.

28 Valence, Histoire (wie Anm. 5), S. 214; vgl. hierzu auch den Bericht des französischen Finanzministers an Napoleon III.: Report Addressed to His Majesty the Emperor by His Excellency the Minister of Finance, 14. April 1866, in: International Monetary Conference Held in Paris in August 1878. Washington 1879, S. 785; zudem: Kauch, La Banque nationale de Belgique (wie Anm. 7), S.141; dagegen Koch-Mehrin, Währungsunion (wie Anm. 2), S. 19.

29 MAE Convention Monétaire de 1865. 1865-1880, Boite 602/3, dossier 3, No. 21, Marmora à Baron de Valaret, 17 avril 1865.

30 Text der Münzkonvention in: Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer. Bd. II: Vorläufer der Vereinten Nationen. 19. Jahrhundert und Völkerbundzeit. Hrsg. von Franz Knipping. Bern, München 1996, S. 291-301.

der die Verbindlichkeiten desselben übernehmen und das Vereinsmünzsystem in betreff der Gold- und Silbermünzen einführen will.“³¹ Dieser Artikel verdeutlicht, daß es der französischen Regierung nicht allein darum ging, die seit 1861 bestehende de-facto-Währungsunion wiederherzustellen. Schon vor Abschluß der Verhandlungen hatte Finanzminister Fould überlegt, daß eine gemeinsame Währung nicht nur für die vier Länder von Vorteil sei, sondern für Europa insgesamt: „Il est évident qu’il y aurait d’incontestable avantages à créer en Europe une vaste circulation monétaire, se rattachant à un même système, et identique dans la valeur réelle et nominale. Cette circulation ne tarderait pas à s’assimiler celle des autres pays, et l’on pourrait entrevoir l’époque où, sous influence d’un même régime monétaire, les paiements en numéraire seraient soustraits aux conditions essentiellement variables du change.“³²

Mit diesem Vorschlag hatte das Projekt eine neue Dimension angenommen. Nicht mehr die aktuelle Währungskrise und ihre Überwindung standen auf dem Programm, sondern ein weitgespanntes politisches Projekt, eine europäische Währungsunion. Dieser Gedanke, so berichtete der französische Außenminister ein Jahr später in einem Rundschreiben an alle europäischen diplomatischen Vertretungen, sei während der Konferenz zwischen den vier Mächten entstanden: „Cette clause [gemeint war Art. 12, d.V.] peut être considérée comme la manifestation d’un vœu qui s’est produit au sein de la conférence internationale [...]“³³. Das stimmte jedoch nicht: Schon ein halbes Jahr vor der Konferenz über die Gründung der Währungsunion war im französischen Finanzministerium über eine mögliche Integration weiterer europäischer Staaten nachgedacht worden.³⁴ Die Ausweitung der Währungsunion war ein französischer Wunsch, der also schon vor der Konferenz im Dezember 1865 formuliert worden war.

Die Hintergründe erläuterte Finanzminister Fould in seinem Bericht an Napoleon III. vom 14. April 1866: „[...] an international enactment which may bring important advantages in the commercial communications of more than 66 million souls, which, in spite of the diversity of language and of nationality, are united under a monetary system whose name and origin remain french [...]“³⁵ Etwas pathetischer formulierte de Parieu im Oktober 1866 in der *Revue Contemporaine*: „Le franc peut donc avoir de grandes chances [...] d’être un jour tout au moins une des syllabes fondamentales dans une langue universelle des valeurs.“³⁶ Es waren demnach zwei Motive, die die französische Regierung veranlaßten, die Währungsunion auszuweiten: Zum einen existierte der Wunsch, den Handel zwischen den europäischen Staaten durch eine

31 Ebd., S. 299.

32 MAE Convention Monétaire de 1865. 1865-1880, Boite 602/3, dossier 2, No. 6, Le Ministre des Finances à Ministre des Affaires Etrangères, 18 mai 1865.

33 MAE Vol. 603 Nr 31- 37, Convention monétaire du 23 décembre 1865, M. le Ministre aux MM. les Agens diplomatiques de l’Empereur, 5 décembre 1866.

34 MAE Convention Monétaire de 1865. 1865-1880, Boite 602/3, dossier 2, No. 6, Le Ministre des Finances à Ministre des Affaires Etrangères, 18 mai 1865.

35 Report Addressed to His Majesty the Emperor by His Excellency the Minister of Finance, 14. April 1866, in: International Monetary Conference Held in Paris in August 1878. Washington 1879, S. 786.

36 E. de Parieu, L’Union monétaire de la France, de l’Italie, de la Belgique et de la Suisse, le Münzverein latin, in: *Revue Contemporaine*, 15^e année, 2^e série, t. XV, 15 octobre 1866, S. 636.

gemeinsame Währung zu erleichtern. Diese gemeinsame Währung sollte aber nicht irgendeine sein, sondern, und das ist der zweite wesentliche Aspekt, die französische. Frankreich, die französische Wirtschaft, würde damit ähnlich wie in der Lateinischen Münzunion zweifellos eine Hegemonie erlangen; die Maßstäbe französischer Währungspolitik würden in die ‚zivilisierte Welt‘ exportiert. Die Gründung der Lateinischen Münzunion war daher ein politischer Schritt mit dem Ziel, dem französischen Kaiserreich eine Suprematie in Europa auf währungspolitischem Gebiet zu sichern.

Mit einem Rundschreiben, das das französische Außenministerium am 5. Dezember 1866 an die diplomatischen Vertreter des Landes in den europäischen Hauptstädten und in Washington schickte, wurden die Diplomaten über den Inhalt der Währungskonvention unterrichtet und ausdrücklich auf die Beitrittsmöglichkeit für weitere Länder nach Art. 12 hingewiesen.³⁷ Die kaiserliche Regierung sei sich zwar der Schwierigkeiten einer europäischen Währungsvereinheitlichung bewußt, gleichwohl erweise sich ein solcher Schritt mehr und mehr als Notwendigkeit. „A mesure que la solidarité qui existe entre les intérêts économiques devient de plus en plus étroite, chaque peuple, en présence des avantages déjà réalisés, comprend mieux l'importance de supprimer les entraves que rencontrent encore les relations internationales; l'une des plus onéreuses et des plus gênantes résulte assurément de la diversité des monnaies qui multiplie les variations du change.“³⁸ Daher strebe Frankreich eine „circulation monétaire uniforme entre tous les Etats civilisés“ an.³⁹ Diese Argumentation stellte also die sich intensivierenden Wirtschaftsbeziehungen der ‚zivilisierten‘ Staaten Europas und der USA in den Mittelpunkt. Der zunehmend grenzüberschreitende Handel wurde zum Charakteristikum einer zivilisierten Welt erklärt.

Den ideologischen Hintergrund lieferte eine der populärsten und einflußreichsten politischen Denkschulen des Kaiserreichs, die damals unter dem Schlagwort des ‚Saint Simonisme‘ Intellektuelle und Politiker faszinierte. Konkretes Resultat war eine für Napoleon III. charakteristische, eigentümliche Mischung aus Sozialpolitik und liberalem Laisser-Faire.⁴⁰ Der Staat agierte in diesem Konzept nicht als Unternehmer, „vielmehr fällt ihm die Aufgabe zu, die allgemeinen Rahmenbedingungen zu schaffen und Impulse zu geben, indem er Vertrauen vermittelt, d.h. Risiken einschränkt durch Garantie, durch die Übernahme von ‚unproduktiven‘ Kosten (etwa für den Aufbau der Infrastruktur), vor allem aber durch die Organisation des Kredits.“⁴¹ In diesem Sinne läßt sich auch die Lateinische Münzunion verstehen: Die Regierung

37 MAE Vol. 603 Nr 31- 37, Convention monétaire du 23 décembre 1865, M. le Ministre aux MM. les Agens diplomatiques de l'Empereur, 5. décembre 1866.

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Über den Begriff hat die Forschung heftig gestritten: Vgl. Barrie M. Radcliffe, Saint Simonism, in: William E. Echard (Hrsg.), Historical Dictionary of the French Second Empire, 1852-1870, Westport 1985, S. 595-598; zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Napoleons III.: William H.C. Smith, Napoleon III. Paris 1982, S. 248-265.

41 Gilbert Ziebura, Frankreich von der großen Revolution bis zum Sturz Napoleons III. 1789-1870, in: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6. Hrsg. von Theodor Schieder. Stuttgart 1981, S. 269-718, hier S. 275.

griff nicht direkt in den Wirtschaftsprozeß ein, versuchte aber, der Privatinitiative einen Rahmen zu bieten. Das für den grenzüberschreitenden Handel hinderliche Wechselkursrisiko sollte durch eine europaweit einheitliche Währung abgeschafft werden – ökonomisch gesprochen: Die Transaktionskosten der Unternehmen und Händler sollten gesenkt werden.⁴²

III. Kritik und Zustimmung zum französischen Projekt

Die Reaktionen auf die Vorschläge waren für die französische Regierung zunächst enttäuschend. Die russische Regierung ließ über ihren Pariser Botschafter mitteilen, daß ein Beitritt zur Währungsunion für sie nicht in Frage käme. Dieser würde in Rußland eine tiefgreifende Währungsreform erfordern, die Vorteile hingegen blieben für das russische Reich begrenzt, weil es nicht, wie die Schweiz, Italien oder Belgien, an Frankreich angrenze. „Par sa position géographique, la Russie recueillerait le moins d'avantages d'une mesure qui, en nécessitant des dépenses considérables amènerait pour des longues années la circulation dans tout l'étendue de l'Empire d'espèces nationales à titres différents.“⁴³ Damit lieferte die russische Regierung ein Kriterium für eine Währungsunion, über das bis dahin niemand prinzipiell nachgedacht hatte: Eine einheitliche Währung war im 19. Jahrhundert nur in geographisch zusammenhängenden Räumen sinnvoll, weil Handel nur in unmittelbar benachbarten Gebieten betrieben wurde und sich selbst dort nur auf die unmittelbar benachbarten Regionen bezog.

Auch die britische Regierung äußerte sich zurückhaltend. Die französischen Vorschläge für eine internationale Währungsvereinheitlichung wurden begrüßt. Voraussetzung für eine britische Beteiligung aber sei, daß diese auf der Basis eines monometallistischen Goldstandards realisiert würden. „Until, however, these principles have been formally adopted by the French Government, and sanctioned by legal enactment, no common ground for the negotiation of a system of international coinage between Great Britain and France can exist“, erklärte das Londoner Treasury auf Anfrage des Foreign Office zu den französischen Plänen.⁴⁴

Ganz anders war die vehemente Kritik, die der belgische Finanzminister Hubert Frère-Orban an den französischen Vorschlägen übte.⁴⁵ Die Währungsunion vom Dezember 1865, so Frère-Orban, beruhe auf dem Prinzip des Bimetallismus. Wie sollten Länder wie Preußen und der Norddeutsche Bund, dessen Währung auf dem Silberstandard beruhte, oder England mit seiner Goldwährung einem solchen Währungsvertrag beitreten? Die Währungsunion vom 23. Dezember 1865 konnte nach Mei-

42 Diesen Aspekt betont auch Theurl, *Währung* (wie Anm. 3), S. 177.

43 MAE Direction Commerciale. *Question monétaire*, Vol 600, Nr. 60 ff. Le Ministre impérial des affaires étrangères à M. Baron de Talleyrand-Périgord, 12 février 1867.

44 Bundesarchiv Berlin, R1401 (Bundeskanzleramt), Bd. 1156, Vorschläge zur Münzreform Bd. 2, Dez. 1869-August 1871, Bernsdorff (London) an Bismarck, 12. März 1869.

45 MAE *Convention Monétaire de 1865. 1865-1880*, Vol. 602/603, dossier 2, No. 47, Frère Orban à Ministère des Affaires étrangères, 23 décembre 1866.

nung der belgischen Regierung nur gegründet werden, weil die Mitgliedstaaten schon zuvor ein einheitliches Währungssystem hatten, das durch äußere Einflüsse in Probleme geraten sei. Für Länder mit vollständig anders konstruierten Währungssystemen sei der Beitritt unmöglich. Hinzu kam noch ein weiteres Argument: Die französische Regierung habe eine Diskussion über die Einführung des Monometallismus abgelehnt, weil in Frankreich eine Kommission zur Untersuchung der Währungsfrage eingesetzt worden sei, deren Ergebnisse man abwarten wolle. Diese aber lägen immer noch nicht vor. „Cette considération ne portera-t-elle pas le cabinet des Tuileries à penser avec moi qu'il y a là une question préalable à résoudre, avant de recommander aux autres états l'accession à la convention?“ Die Einwände der belgischen Regierung zeigten in der Tat die eklatanten Schwächen der französischen Politik und warfen zugleich ein Licht auf die Gründungsbedingungen der Währungsunion von 1865. Diese war aus belgischer Sicht eben nur eine Maßnahme, die die durch externe Faktoren gestörten, zuvor bestehenden Währungsschwierigkeiten beheben sollte. Weitreichende politische Ziele, wie sie die französische Regierung mit ihr verknüpfte, lagen den Brüsseler Verantwortlichen fern, weil man sie hier für unrealistisch hielt. Warum sollten Länder wie Preußen und der Norddeutsche Bund oder England das französische Währungssystem übernehmen? Hierfür gab es aus belgischer Sicht keinen Anreiz außer der Begeisterung für eine Universalwährung. Und selbst wenn man dieser Idee anhing, warum sollte es dann ausgerechnet das französische Währungssystem sein, das in den vergangenen Jahren durch die Schwankungen des Verhältnisses zwischen Gold und Silber in Schwierigkeiten geraten war?

Während Belgien, das immerhin Mitglied der Lateinischen Münzunion war, das französische Konzept ablehnte, stieß dieses in anderen Ländern Europas auf Interesse. Unmittelbar nach den Verhandlungen der ersten internationalen Münzkonferenz, die im Sommer 1867 im Rahmen der Weltausstellung in Paris stattfand⁴⁶, verhandelte die französische Regierung mit Österreich-Ungarn, das nach der Niederlage im Krieg gegen Preußen und dem damit aufgelösten Wiener Münzvertrag von 1857 währungspolitischen Anschluß an Frankreich suchte.⁴⁷ Zwar unterzeichneten beide Länder nur eine Präliminarkonvention. Es wurde aber zugleich deutlich, daß das französische Währungskonzept nicht so unattraktiv war, wie die belgische Regierung befürchtete. Im Mai 1867 stellte der Heilige Stuhl einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Lateinischen Münzunion, einen Monat später, im Juni 1867, folgte ein ebensolcher der griechischen Regierung. Während Griechenland nach einer kurzen diplo-

46 Zur Weltausstellung: Edouard Secrétan, Un Sommet économique et social du Second Empire: L'Exposition Universelle de 1867, in: Souvenir Napoléonien 48 (1985), S. 34-40; Bela Menczer, Exposition 1867, in: History Today, Vol. 17.7, July 1967, S. 429-436. Zur Währungskonferenz: Proceedings of the international monetary conference of 1867. Translation, in: International Monetary Conference held in Paris in August 1878. Washington 1879, S. 805-878. Dies ist eine Übersetzung der französischen Protokolle: Conférence monétaire internationale de 1867. Procès Verbaux. Paris 1868; vgl. auch Giulio Gallarotti, Anatomy, S. 59-72.

47 MAE Direction Commerciale. Conventions Monétaires de 1865 et 1867, Vol 600, Bl. 187. Ambassade de France en Prusse (Benedetti) à Ministère des Affaires Etrangères, 13 mai 1867. Zur Auflösung des Vertrags Rittmann, Geldgeschichte (wie Anm. 10), S. 744. Zu den Verhandlungen mit Österreich-Ungarn: MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865 et de 1867, Vol. 603. Négociations monétaires entre la France et l'Autriche, 23 juillet 1867.

matischen Diskussion vor allem zwischen Belgien, Frankreich und Italien zum 1. Januar 1869 der Währungsunion beitreten konnte, erwiesen sich die Verhandlungen mit dem Papsttum als schwierig.⁴⁸ Belgien stimmte dem Wunsch sofort zu, die italienische Regierung jedoch erhob technische Einwände: Das Ziel der Währungsunion von 1865 sei eine vollständige Identität der Währungssysteme der Mitgliedsländer, hinsichtlich des Durchmessers und des Wertes der Münzen seien präzise Übereinkünfte erzielt worden, denen die Münzen des Heiligen Stuhls nicht nachkämen.⁴⁹ In der Tat entsprach die Silbergeldmenge des Heiligen Stuhls dem Sechsfachen des in der Konvention von 1865 festgelegten Höchstbetrags. Auch die schweizerische Regierung forderte aus diesem Grund, daß der Heilige Stuhl bei einem Beitritt zur Union die zur Zeit umlaufenden 2,5-Franken-Stücke und die 25-Centimes-Stücke einziehen sollte. Jedenfalls könnten diese nicht in den Mitgliedstaaten als gesetzliche Zahlungsmittel gelten.

In Paris jedoch war Napoleon III. vor allem aus innenpolitischen Gründen an einer Aufnahme des Heiligen Stuhls in die Währungsunion interessiert, da er die Unterstützung des katholischen Milieus gegen die wachsende liberale und republikanische Opposition benötigte. Noch waren die französischen Truppen in Rom der letzte Schutz des Papstes gegen die Ansprüche des italienischen Staates auf die Hauptstadt. Aus diesen Gründen kam das französische Außenministerium im Dezember 1868 auf die Angelegenheit zurück: „J’insisterai en même temps, sur l’urgence d’une solution qui mettrait un terme aux embarras (monétaires)“, schrieb Außenminister Moustier an den französischen Geschäftsträger in Rom, Bonneville.⁵⁰ Das führte aber auch zu keiner Lösung, und im April 1869 stellte das französische Finanzministerium fest, daß die Aufnahme des Heiligen Stuhls in die Währungsunion wegen des inhaltenden Widerstandes der Schweiz und Italiens unmöglich sei.⁵¹

Im Januar 1871 übernahm auch Kolumbien das französische Währungssystem und beantragte gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Lateinischen Münzunion. Dem stimmte man in Paris angesichts der prekären innen- und außenpolitischen Situation zu diesem Zeitpunkt nicht zu.⁵² Auch Spanien bereitete eine Reform seines Münzwesens im französischen Sinne vor. Gleichwohl wollte sich Madrid zu diesem Zeitpunkt noch nicht formal an die Bestimmungen der Währungsunion von 1865 binden. Das war angesichts der bürgerkriegsähnlichen Wirren Ende der sechziger Jahre auch gar nicht möglich. Wichtig aus französischer Perspektive aber war, daß sich ein wei-

48 MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865, 1865-1877. Vol. 601, dossier 3, No. 61, Ministère des Affaires Etrangères à Berne, Bruxelles, Florence, 29 mai 1867. Hierzu auch: Luca Einaudi, Monetary Unions and Free Riders: The Case of the Latin Monetary Union (1865-78), in: Rivista di Storia Economica (1997), S. 327-361, hier 338 ff.

49 MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865, 1865-1877. Vol. 601, dossier 3, No. 64, Légation de France en Italie à Ministère des Affaires Etrangères, 22 juin 1867.

50 MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865, 1865-1877. Vol. 601, No. 142, Ministère des Affaires Etrangères à Bonneville, Rom, 3 décembre 1868. Schon am 12. Februar 1867 hatte der Moniteur geschrieben, daß der Kirchenstaat der Lateinischen Münzunion beitreten werde. Vgl. Koch-Mehrin, Währungsunion (wie Anm. 2), S. 93.

51 MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865, 1865-1877. Vol. 601, dossier 3, No. 189, Ministère des Finances à Ministère des Affaires Etrangères, 16 avril 1869.

52 MAE Direction Commerciale. Convention monétaire de 1865, 1865-1880, Vol. 602/3, dossier 4, Consulat Général de France à Bogotà à MAE, 26 janvier 1871.

teres romanisches Land an der Lateinischen Münzunion orientierte, auch wenn ein Beitritt noch nicht möglich war. Fast gleichzeitig legte auch in Schweden der Vertreter des Landes bei der internationalen Währungskonferenz, Wallenberg, einen Bericht vor, der der Regierung empfahl, von der reinen Silberwährung abzugehen und ein bimetallistisches, auf dem Dezimalprinzip beruhendes Währungssystem nach französischem Vorbild einzuführen. Norwegen, so meinte der schwedische Währungsexperte, werde diesem Schritt aus politischen Gründen folgen.⁵³

In der Tat bereitete die schwedische Regierung daraufhin einen Gesetzentwurf vor, der die Ausprägung einer Goldmünze vorsah, die in Feingehalt, Gewicht und Umfang exakt dem französischen Zehn-Franc-Stück entsprach. Es sei zu erwarten, so meldete die französische Gesandtschaft in Stockholm, daß dieses Gesetz dem Parlament so bald wie möglich vorgelegt würde. Anschließend wolle man mit der französischen Regierung in Kontakt treten, um über die Akzeptanz dieser Münze auch im französischen Währungsraum, d.h. dem der Lateinischen Münzunion, zu verhandeln.⁵⁴ Dänemark schloß sich den Bestrebungen seiner skandinavischen Nachbarn an. Auch in Kopenhagen publizierte eine schon 1863 eingesetzte Kommission den Vorschlag, in Dänemark das französische System der Maße und Gewichte sowie das dortige Währungssystem einzuführen.⁵⁵ Die Aussichten auf einen Erfolg der französischen Währungsinitiative standen also gar nicht schlecht. Auch wenn bis 1870 nur Griechenland tatsächlich in das von Frankreich dominierte Währungsbündnis aufgenommen worden war, orientierte sich eine Vielzahl von kleineren europäischen Staaten an der französischen Währungspolitik. Insgesamt waren daher die Aussichten der französischen Regierung auf eine grundlegende Neuordnung des Systems der europäischen Währungen unter französischer Führung gar nicht schlecht. Entscheidende Bedeutung mußte nach dem prinzipiellen Interesse der kleineren Staaten daher den deutschen Ländern zukommen, vor allem dem größten unter ihnen, Preußen.

IV. Verhandlungen mit Preußen

Schon im November 1865 hatte Außenminister Drouyn de Lhuys in einem Gespräch mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck versucht, auch Preußen als Mitglied in der zu diesem Zeitpunkt noch projektierten Währungsunion zu gewinnen. Die jetzt mit Frankreich in der Währungsunion vereinigten Staaten hätten ein geringes Gewicht, so der französische Außenminister. Sollte sich aber Preußen entschließen, diesem Bund beizutreten, dann würde eine Einigung zwischen diesen beiden Mächten „die der übrigen allmählich von selbst nach sich ziehen“.⁵⁶ Bis-

53 MAE, Direction Commerciale. Questions monétaires. Convention de 1865 et de 1867, Vol 604, No. 32, Légation de France à Copenhague à MAE, 13 janvier 1868.

54 MAE, Direction Commerciale. Questions monétaires. Convention de 1865 et de 1867, Vol 604, No 205 Légation de France en Suède à MAE, 29 août 1968.

55 MAE, Direction Commerciale. Questions monétaires. Convention de 1865 et de 1867, Vol 604, No. 209, Légation de France en Danemark à MAE, 14 septembre 1968.

56 Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Berlin (GstA), HAIII, Abt.2, Nr. 1877, Bl. 2, Goltz (Paris) an Bismarck, 9. November 1865.

marck hatte sich in diesem Gespräch interessiert gezeigt, aber keine Zusage gemacht. Gleichwohl ließ sich der preußische Ministerpräsident zunächst einmal vom späteren Finanzminister von der Heydt die währungspolitischen Konsequenzen eines Anschlusses an die Lateinische Münzunion erklären.⁵⁷ Der Finanzminister riet, ähnlich wie Frère Orban, von einem solchen Schritt ab: Zum einen sei der französische Münzfuß nicht mit dem in Preußen gebräuchlichen zu vereinbaren; man müßte also eine umfassende Währungsreform vornehmen. Zweitens plane Frankreich zur Goldwährung überzugehen. Was solle also jetzt eine Währungsunion auf bimetalistischer Basis, wenn der Initiator bald darauf den Goldstandard einführen wolle? Gegenüber dem schweizerischen diplomatischen Vertreter erklärte von der Heydt, Preußen sei „durchaus nicht geneigt und werde niemals geneigt sein, das französische System [...] zu adoptieren.“⁵⁸

Ähnlich wie von der Heydt argumentierten die süddeutschen Staaten. Gleichwohl insistierte die französische Regierung auf eine Währungskonvention mit Preußen und ließ ihren Botschafter in Berlin, Benedetti, noch einmal persönlich bei Bismarck in dieser Sache vorsprechen. Man habe in Paris bereits einen Bevollmächtigten im Range eines Ministers ernannt, der die Verhandlungen mit Preußen führen werde, erläuterte Benedetti. Wenn die preußische Regierung der Währungsunion nicht beitreten wolle, dann könne man doch zumindest eine Präliminarübereinkunft anstreben. Am 17. März überreichte der französische Bevollmächtigte Felix de Parieu dem preußischen Botschafter in Paris eine Note, in der er nochmals auf die Bedeutung einer Währungsunion zwischen beiden Ländern hinwies und schon ein System von Wechselkursen vorschlug.⁵⁹ Bismarck war offenkundig beeindruckt von der Bedeutung, die man in Paris dieser Frage beimaß: „Unter diesen Umständen“, schrieb er an Finanzminister von der Heydt, „können wir uns einer eingehenden Prüfung der Sache nicht entziehen. Ich verkenne die großen Schwierigkeiten, welche einer Münzänderung entgegenstehen, nicht. Andererseits bin ich aber von der Überzeugung erfüllt, daß bei dem sich fortsteigend in großem Maßstabe steigenden Verkehr bald der Zeitpunkt herannahen wird, wo die Verschiedenheit der Münzsysteme fallen muß. Je früher Schritte dazu gethan werden, desto rascher werden die [...] Wunden heilen und es werden sich desto eher die segensreichen Wirkungen fühlbar machen. Von besonderem Gewichte ist bei der Beurtheilung dieser Frage das Verhältnis, in welchem sich das Münzwesen der Monarchie in Folge der Erwerbungen des vergangenen Jahres befindet. [...] Nach meinem Dafürhalten ist daher der jetzige Augenblick, wo wir vor der Nothwendigkeit einer großen organisatorischen Umänderung des Münzwesens im eigenen Lande stehen, vor allem günstig, um in Betracht zu ziehen, ob nicht ein Anschluß an dasjenige Münzsystem ausführbar ist, welchem, allein in Europa, mehr als 70 Millionen Seelen zugethan sind.“⁶⁰

57 GStA, HA III, Abt. 2, Nr. 1877, Bl. 6, von der Heydt an Bismarck, 12. Dezember 1865.

58 Documents Diplomatiques Suisses, 1867, Vol. 2, S. 141 f. Le Ministre de Suisse à Berlin, J. Heer, au président de la Confédération, 22 mai 1867.

59 GStA, HA III, Abt. 2, Nr. 1877, Bl. 34, Preußische Botschaft in Frankreich (Goltz) an Bismarck, 17. März 1867.

60 GStA, HA III, Abt. 2, Nr. 1877, Bl. 24, Bismarck an von der Heydt, 24. Januar 1867.

Der preußische Ministerpräsident teilte also die grundsätzlich ablehnende Haltung seines Finanzministers nicht. Er sah die Notwendigkeit einer Währungsvereinheitlichung angesichts des wachsenden Handels und erwog den Anschluß an die von Frankreich geführte Währungsunion.⁶¹ Doch wurden Gedanken dieser Art zunächst nur intern ausgesprochen; offiziell ließ Bismarck den französischen Botschafter in Berlin wissen, daß Preußen gegenwärtig Verhandlungen über Währungsfragen nicht zustimmen könne, weil diese Gegenstand von Verhandlungen mit den Staaten des norddeutschen Bundes seien. Diese aber wolle er aus politischen Gründen nicht behindern.⁶² Die Frage blieb in Preußen also zunächst ungeklärt; es scheint, als wollte sich Bismarck zumindest die Option offenhalten.⁶³

Warum hatte sich die französische Regierung so sehr um die Integration Preußens in die von Frankreich geführte Währungsunion bemüht? Einen Grund nannte der französische Botschafter schon in seinem ersten Schreiben an die preußische Regierung: Es ging darum, in Europa einen Währungsblock zu errichten, dem sich die übrigen Kontinentalmächte kaum würden entziehen können. Wäre Preußen tatsächlich dieser Währungsunion beigetreten, so wäre die gemeinsame Währung unter Leitung des französischen Franc allein aufgrund der Wirtschaftskraft zur dominierenden Valuta aufgestiegen. Dies wäre der für die französischen Bestrebungen nach einer Universalwährung entscheidende Schritt gewesen. Betrachtet man aber die Gesamtheit der deutsch-französischen Beziehungen um die Jahreswende 1866/67, so ergeben sich auch andere Zusammenhänge: Der Sieg über Österreich hatte Preußen gleichsam über Nacht zur überragenden Macht in Deutschland gemacht und Napoleon III., der für Frankreich eine halbhegemoniale Stellung in Westeuropa beanspruchte, sah sich nun unmittelbarer Konkurrenz ausgesetzt.

Für ihn ergaben sich grosso modo zwei Handlungsoptionen:⁶⁴ Zum einen konnte er versuchen, weitere preußische, dann nationaldeutsche, Expansionsabsichten schon im Keime zu ersticken und den östlichen Nachbarn mit Hilfe der anderen europäischen Großmächte zu kontrollieren. Damit würde er aber auch auf eigene Interessen, beispielsweise in Luxemburg, Belgien oder Rom, verzichten. Oder aber er versuchte, Preußen gleichsam als Juniorpartner in die französische Politik einzubinden, um dann gemeinsam als ‚Erwerbsgemeinschaft‘ aufzutreten. Dabei schwebte dem französischen Kaiser vor, daß Preußen die süddeutschen Staaten, Frankreich Belgien

61 Diese Idee ließ Bismarck auch durch die Presse sondieren: MAE Direction Commerciale. Question Monétaire, Vol. 600, Bl. 31, Consulat Général de Francfort à M. le Ministre des Affaires Etrangères, 2 février 1867.

62 MAE Direction Commerciale. Question monétaire, Vol. 600, Bl. 44, Ambassade de France en Prusse à M. le Ministre des Affaires Etrangères, 3 février 1867.

63 Die Idee eines preußisch-deutschen Anschlusses an die Lateinische Münzunion wurde keineswegs nur in politischen Kreisen diskutiert. Der Deutsche Handelstag, die 1861 gegründete Dachorganisation der regionalen Handelskammern, sprach sich auf seiner Tagung 1865 in Frankfurt am Main mehrheitlich für die Ausprägung einer deutschen Goldmünze aus, die dem Wert des französischen 20-Franc-Stücks entsprechen sollte. Vgl. Verhandlungen des Handelstages zu Frankfurt am Main. Herstellung deutscher Münzeinheit. Neue Vereinsgoldmünze zur Anbahnung der Goldwährung. Stenographischer Bericht. Berlin 1865.

64 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 16; Lothar Gall, Bismarck. Der Weiße Revolutionär, Frankfurt u.a. 1980, S. 405; Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik. Freiburg³ 1993, S. 79 f.; Eberhard Kolb (Hrsg.) Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860-1880. München 1980.

annektieren könnte. Die französische Regierung entschied sich zunächst für die zweite Option. Im August 1866 schlug Benedetti Bismarck ein gemeinsames Vorgehen auf Kompensationsbasis vor: Preußen könne über die Mainlinie vorstoßen, Frankreich erhalte als Gegenleistung Belgien und Luxemburg. Unter diesen Voraussetzungen, so räsonnierte de Parieu im Oktober 1866 in der *Revue Contemporaine*, könne Deutschland insgesamt, d.h. Preußen und die süddeutschen Staaten, der Lateinischen Münzunion beitreten: „Le mieux serait, sans doute, que la Prusse prît la direction du mouvement d’union monétaire en Allemagne, et se montrât supérieure à l’esprit d’isolement germanique en se ralliant, au moins pour les pièces d’argent, au système de notre Münzverein. Aucun prince et aucun Etat ne résisteraient à cette impulsion, ni au nord ni au sud du Main.“⁶⁵ Noch im Dezember 1866 sprach der preußische Ministerpräsident von einer preußisch-französischen Allianz als dem „natürlichen Ausdruck der dauernden Übereinstimmung der Interessen beider Länder“.⁶⁶

Vor diesen Hintergrund erhalten die französischen Bemühungen, Preußen in die Währungsunion vom Dezember 1865 zu integrieren, noch eine andere Dimension. Es war der Versuch, im Rahmen der oben skizzierten zweiten Option Preußen für eine Partnerschaft mit Frankreich zu gewinnen, um auf dieser Basis nicht nur die Grundlage für eine Universalwährung unter französischer Patronage zu schaffen, sondern auch die aus innenpolitischen Gründen dringend erwünschten außenpolitischen Ziele gemeinsam mit den östlichen Nachbarn zu erreichen. Währungspolitik diente in diesem Kontext als flankierende Maßnahme einer diplomatischen Aktion. In ähnlicher Weise läßt sich auch die Äußerung Bismarcks an den preußischen Finanzminister von der Heydt interpretieren. So wie für den französischen Kaiser stellte sich auch für den preußischen Ministerpräsidenten die Frage, ob er seine deutschlandpolitischen Ziele mit oder gegen Frankreich erreichen sollte. Zwischen Herbst 1866 und Frühjahr 1867 – das hat die Forschung herausgearbeitet⁶⁷ – hielt sich Bismarck beide Optionen offen. Diese Interpretation wird durch die erstmals unter diesem Aspekt untersuchten preußischen Quellen zur internationalen Währungspolitik gestützt. Intern, d.h. gegenüber von der Heydt, hielt sich der preußische Ministerpräsident die Option eines Währungsbündnisses mit Frankreich offen; nach außen, gegenüber Benedetti, erteilte er einer Währungsunion vorläufig eine Absage. Ob Bismarck tatsächlich mit dem Gedanken gespielt hat, der Lateinischen Münzunion beizutreten, ist fraglich. Entscheidend war, daß er diese Möglichkeit nicht grundsätzlich ausschloß.

65 de Parieu, *L’Union monétaire* (wie Anm. 36), S. 630.

66 Zit. nach Hillgruber, *Bismarcks Außenpolitik* (wie Anm. 64), S. 80.

67 Ebd.; Gall, *Bismarck* (wie Anm. 64), S. 407.

V. Schlußbetrachtung: Die Politisierung internationaler Währungsbeziehungen

Preußen trat der Lateinischen Münzunion bekanntermaßen nicht bei. Der Krieg von 1870/71 und die nachfolgende Einigung eröffneten dem Deutschen Reich eine ganz andere währungspolitische Perspektive, den Übergang zur reinen Goldwährung, und zwar ohne Frankreich.⁶⁸ Und doch verweisen die französischen Bemühungen um eine Erweiterung der Währungsunion auf einen fundamentalen Wandel in den internationalen Beziehungen. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts waren das internationale politische System auf der Basis der Diplomatie und das internationale Währungssystem zwei autonome und weitgehend selbstregulative Funktionszusammenhänge.⁶⁹ Die de-facto-Währungsunion zwischen Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien war ohne diplomatische Interventionen entstanden. Mit der industriellen Revolution, dem mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Wandel und der explosiven Ausweitung des Handels verschmolzen die internationalen Währungsbeziehungen mit der klassischen Außenpolitik; beide wurden Subsysteme des internationalen Beziehungsgeflechts.⁷⁰

In diesem Prozeß spielten sozioökonomische Strukturen und politische Entscheidungen in charakteristischer Weise zusammen. Zum einen tendiert der Markt für Währungen zur Monopolisierung, d.h. aufgrund der Marktlogik zog die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen eine Internationalisierung der wichtigsten Währungen auf Kosten aller anderen nach sich, weil alle Marktteilnehmer dazu neigen, ihre Transaktionskosten zu senken. Zum anderen aber griff die französische Regierung mit dem internationalen Währungsvertrag von 1865 in diesen Prozeß ein; das bislang weitgehend autonome Währungssystem wurde nun durch einen internationalen Vertrag politisch beeinflusst. Frankreich bemühte sich, das eigene Währungssystem nach Kontinentaleuropa zu exportieren – nun nicht mehr informell, wie das seit den 1830er Jahren geschehen war, sondern durch einen internationalen Vertrag, der die Mitgliedsstaaten der Währungsunion auch rechtlich band. Es bediente sich damit eines Instruments, dessen Wirksamkeit die zu dieser Zeit führende Weltmacht, Großbritannien, bereits seit einigen Jahrzehnten erfolgreich praktizierte: Es ging darum, auch auf zunächst unpolitischen Gebieten wie der Wirtschaft, der Währung

68 Hierzu immer noch Karl Helfferich, Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches. Leipzig 1898.

69 Winfried Baumgart, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830-1878 (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen 6). Paderborn 1999, S. 150, spricht in anderem Kontext von „Teilgleichgewichtssystemen“. Baumgart erkennt allerdings dem ökonomischen System nicht den Status eines politischen Teilsystems an und bewegt sich damit noch weitgehend in den Kategorien der Diplomatengeschichte.

70 Ich beziehe mich hier auf Forschungsergebnisse der Soziologie. Vgl. Tacott Parsons, Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien sozialen Wandels. Köln, Berlin 1970, S. 55-74; Niklas Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft als autopolitisches System, in: ders., Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt 1989, S. 43-90.

oder den Gewichten und Maßen international die Maßstäbe zu setzen, um damit das jeweils nationale System international verbindlich zu machen.⁷¹

Damit wird ein zweiter wichtiger Aspekt benannt: Die Gründung der Lateinischen Münzunion und ihre versuchte Ausweitung auf Europa – das hat die bisherige, vor allem wirtschaftshistorisch orientierte Forschung zu diesem Problem nicht gesehen – sollten aus französischer Sicht den Kontinent auch in völkerrechtlicher Hinsicht neu strukturieren: Das mit den Wiener Verträgen 1815 konstituierte *Ius Publicum Europaeum* sollte durch ein neues, durch ökonomische Maßstäbe definiertes, doch letztlich politisches Völkerrecht ergänzt werden. Die Gründung der Lateinischen Münzunion war aus dieser Sicht der erste Schritt zu einer geplanten wirtschaftlichen und politischen Neuordnung des Kontinents. Dieses Ziel fügt sich vollständig in die von der diplomatiegeschichtlichen Forschung schon lange herausgearbeitete außenpolitische Zielsetzung Napoleons III. ein: eine Neuordnung Europas durch einen europäischen Kongreß unter französischer Führung.⁷²

Entscheidend aber ist, daß nun nicht mehr wie noch in Wien 1815 die Ideologien konservativ (im Sinne von monarchistisch-restaurativ) und liberal (im Sinne von freiheitlich-konstitutionell) gegenüberstanden, sondern es ging darum, in einem prinzipiell freihändlerisch orientierten Europa die ordnungspolitischen Grundentscheidungen zu beeinflussen. Hier wird deutlich, wie sehr sich das europäische Staatensystem seit 1815 gewandelt hatte. Die Kategorien politischer Herrschaft (konservativ vs. liberal) waren nicht obsolet geworden, wurden aber ergänzt durch Kategorien ökonomischer Provenienz. Die Dynamik wirtschaftlicher Strukturen, die Internationalisierung des Handels und damit der Währungen hatten Prozesse in Gang gesetzt, die nun von der Politik aufgenommen und in von ihr gewünschte Bahnen gelenkt wurden. Die Strukturierung und Lenkung internationaler Wirtschaftsprozesse war zu einer Aufgabe der Außenpolitik geworden. Zugleich mußte das unter diesen Voraussetzungen mehr und mehr antiquiert erscheinende europäische Völkerrecht auf der Basis der Verträge von 1815 durch ein neues ersetzt werden, das den veränderten ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trug. Diese Zusammenhänge wurden von Napoleon III. und seinen politischen Beratern erkannt, und die Lateinische Münzunion kann als ein Schritt zu einer politisch-ökonomischen Umgestaltung Europas unter französischer Führung gewertet werden.

Doch wirkte dieser Prozeß auch im umgekehrten Sinne. Entscheidend war hier, daß Märkte keine zentrale Zwangsgewalt kennen, mit der verhandelt werden könnte;

71 Für Großbritannien hat Gabriele Metzler diese Politik untersucht: dies., *Gesellschaftlicher Wandel und internationale Politik. Zum Verhältnis von Politik- und Sozialgeschichte am Beispiel der britischen Europapolitik 1856-1871*, in: *ZfG* 46 (1998), S. 776-797; Gabriele Metzler, *Großbritannien – Weltmacht in Europa. Handelspolitik im Wandel des europäischen Staatensystems 1856-1871*. Berlin 1997.

72 Für den Gesamtzusammenhang stellvertretend für viele Einzelstudien, die hier nicht im Detail interessieren: A.J.P. Taylor, *The Struggle for Mastery in Europe*. Oxford 1954, S. 166 ff.; Jost Dülffer/Martin Kröger/Rolf Harald Wippich, *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg (1856-1914)*. München 1997, S. 151-166. Vgl. Baumgart, *Konzert* (wie Anm. 69), S. 204-214. William Echard, *Napoleon III and the Concert of Europe*, London 1983. Prinzipienlosigkeit und Opportunismus wurden schon von Zeitgenossen als außenpolitische Konstanten Napoleons III. angesehen: Vgl. Kaiser Napoleon III. und seine Herrschaft. *Pariser Betrachtungen von einem Nicht-Diplomaten*. Dresden o. J. (1864), S. 110-146.

der Marktprozeß dehnte sich unabhängig von den Nationalstaaten über Grenzen aus und war gerade deswegen kaum zu kontrollieren. Die Intensivierung der Kommunikations- und Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Liberalisierung des Außenhandels der sechziger Jahre führte dazu, daß die Beschränkung einer Währung auf die Grenzen des Nationalstaates nicht mehr angemessen erschien: „Le libre échange et la facilité des communications“, schrieb de Parieu 1867 in Hinblick auf die Gründung der Lateinischen Münzunion, „ont multiplié les rapports des peuples entre eux; et dès lors on a du songer aux avantages de cette monnaie une et universelle que proposait Mirabeau à l’Assemblée Constituante.“⁷³ Der Wiener Münzvertrag von 1857 zwischen Preußen und Österreich-Ungarn könne als Vorbild für diese Entwicklung gesehen werden. Die Währungsunion von 1865 habe die durch den Goldpreisverfall ausgelösten Schwierigkeiten beseitigt; „en même temps elle supprime les difficultés qui gênaient les transactions réciproques des 4 nations et entravaient les relations de leurs voyageurs.“ Die Politik reagierte damit auf eine zunehmende Entgrenzung von Wirtschaft und Handel als Begleiterscheinung der industriellen Revolution und der allgemeinen Liberalisierung der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts.⁷⁴ Gerade dieses Jahrzehnt wurde als die Epoche der Expansion des europäischen Handels betrachtet, der durch die schrittweise Liberalisierung des Außenhandels nach dem Signal des Cobden-Chevalier-Vertrags von 1860 massiv ausgeweitet wurde. Der klassische Nationalstaat aber beruhte auf der Kongruenz von politischer Herrschaft, Wirtschaftsorganisation, rechtlicher Verfassung und gesellschaftlicher Selbstdefinition. Vor allem hinsichtlich der Wirtschaftsorganisation ließ sich die territoriale Begrenzung nicht mehr rechtfertigen, und die französische Regierung versuchte, die ökonomische Entgrenzung durch einen politischen Schritt wieder einzuholen. Auch hier hinter steckte die Erkenntnis, daß sich eine zunehmend ökonomisch und technisch vernetzte Welt nicht mehr mit den Instrumenten der klassischen Diplomatie beherrschen ließ.⁷⁵ Die internationale Währungspolitik wurde daher zu einer staatlichen Aufgabe. Während sich Frankreich, Belgien, die Schweiz und Italien bis 1864 ohne diplomatische Übereinkünfte zu einer Währungsunion vereinigten, wurde diese Vereinheitlichung mit der Lateinischen Münzunion zu einer Aufgabe der Diplomatie und damit der Regierungen.

Eine andere von der Forschung bislang gar nicht beachtete Begebenheit weist ebenfalls auf die Transformationsphase der europäischen Staatenwelt jener Jahre hin: Das Angebot der französischen Regierung an Preußen, der Lateinischen Münzunion beizutreten, und der erstmals in diesem Kontext ausgewertete diplomatische Austausch

73 Archives de la Banque de France (BdF), Débats sur les questions monétaires. Monoméallisme/Biméallisme. Rapport de la Commission chargée d’étudier la question de l’Etalon Monétaire 1867.

74 Der innereuropäische Handel stieg in den Jahren von 1860 bis 1870 von 59,5 auf 65 Prozent. Diese Zahlen bezeichnen den Anteil des Außenhandels der europäischen Staaten, der mit anderen europäischen Staaten abgewickelt wurde. Vgl. Marc Flandreau, *The French Crime of 1873. An Essay on the Emergence of the International Gold-Standard, 1870-1880*, in: *The Journal of Economic History* (1996), S. 862-897, hier S. 879; Paul Bairoch, *The Geographical Structure and Trade Balance of European Foreign Trade from 1800 to 1974*, in: *The Journal of European Economic History* 3 (1973), S. 557-608.

75 Vgl. Madeleine Herren, *Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Außenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA 1865-1914*. München 2000, S. 9.

zwischen beiden Staaten zeigen, daß Bismarck und Napoleon III. den politischen Nutzen der für die klassische Diplomatie neuen Instrumente der internationalen Währungs politik sehr wohl einzuschätzen wußten. Finanzminister von der Heydt lehnte ein preußisches Engagement aus rein währungstechnischen Gründen ab, der Ministerpräsident jedoch hielt sich die Option zu einer Währungsunion mit Frankreich aus den geschilderten außenpolitischen Gründen offen. Bismarck hat also die Neuerungen in den internationalen Beziehungen erkannt und aufgenommen und diese auf moderne Weise in politische Taktik umgewandelt.⁷⁶ Gemeinsam mit Napoleon III. und auch Camillo di Cavour war der Reichskanzler damit seinen Zeitgenossen voraus. Auch ihn interessierten wie die Diplomaten der Zeit die komplizierten technischen Details der internationalen Währungs politik nicht, er erkannte aber die gewachsene Bedeutung dieser Vorgänge für sein Interessengebiet, die Außenpolitik.

Unter diesen Aspekten war die Lateinische Münzunion nicht nur die erste Währungsunion in der modernen Geschichte, sie markiert exemplarisch einen Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Beziehungen, nach dem sich diese auch auf andere, zunächst unpolitische Bereiche erstreckten. Auf der anderen Seite muß die Lateinische Münzunion auch als das Ende einer rein technokratischen Wirtschaftspolitik verstanden werden; internationale Währungs politik war nicht mehr das Gebiet einer kleinen Expertengruppe, die Entscheidungen nach den Kriterien wirtschaftlicher Effizienz fällte, sondern Bestandteil der allgemeinen Politik. Damit war ein Prozeß eingeleitet, der mit der Politisierung internationaler Währungsbeziehungen im 20. Jahrhundert seinen Höhepunkt finden sollte.

(Dr. Guido Thiemeyer, Universität Kassel, Fachbereich 05, Europawissenschaften, Nora Platiel Str. 1, 34127 Kassel)

76 In anderem Kontext beschreibt dies auch Lothar Gall, allerdings für einen späteren Zeitpunkt (1889): ders., Bismarck (wie Anm. 64), S. 641.